

1. Bürokratieabbau und digitale Verwaltungsmodernisierung

Effiziente, transparente und verlässliche Verwaltungsverfahren sind eine zentrale Voraussetzung für die Ausübung freiberuflicher Tätigkeiten. Gleichzeitig binden umfangreiche Dokumentations-, Melde- und Genehmigungspflichten erhebliche personelle und zeitliche Ressourcen. Ein konsequenter Bürokratieabbau durch die Reduzierung von Aufzeichnungs-, Dokumentations- und Nachweispflichten sowie die Vermeidung von Mehrfacherhebungen durch besseren Datenaustausch zwischen Behörden gewinnt daher zunehmend an Bedeutung.

Hierzu gehört auch eine regelmäßige Überprüfung von Zuständigkeiten, Aufgabenverteilungen und Verfahrensabläufen innerhalb der Landesverwaltung, um Effizienzpotenziale zu heben und Doppelstrukturen zu vermeiden.

Zugleich kommt der Digitalisierung eine zentrale berufsübergreifende Rolle zu. Voraussetzung hierfür sind ein flächendeckender Breitbandausbau, eine konsequente Umsetzung von E-Government-Strukturen sowie die digitale Transformation von Verwaltungsprozessen. Digitale Lösungen müssen medienbruchfrei, interoperabel, nutzerorientiert, bezahlbar und praxistauglich ausgestaltet sein und dürfen keine zusätzlichen Dokumentations- oder Bürokratiepflichten erzeugen. Eine stärkere Vernetzung von Verfahren, die Nutzung automatisierter Prozesse sowie eine Konzentration staatlicher Kontrollen auf wesentliche Kernbereiche können zusätzlich zur Verfahrensbeschleunigung beitragen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, Dokumentations-, Melde- und Berichtspflichten sowie Genehmigungsprozesse für freiberuflich Tätige systematisch zu überprüfen, Mehrfacherhebungen zu vermeiden und Verfahren spürbar zu vereinfachen und zu reduzieren?

→ **JA**

Dokumentationspflichten erzeugen einen erheblichen Arbeitsaufwand, den wir beispielsweise durch digitale Verfahren mindern wollen. Digitale Nachweisverfahren sollen auch bei Förderprogrammen flächendeckend zur Anwendung kommen. Zudem braucht es eine neue Vertrauenskultur in der Verwaltung: Es darf nicht mehr gelten „Unberechtigt bis zum Beweis des Gegenteils.“ Stattdessen sollen Genehmigungsfiktionen an mehr Stellen zur Anwendung kommen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Verwaltungsverfahren in Sachsen-Anhalt vollständig digital, medienbruchfrei und interoperabel umgesetzt werden, einheitliche digitale Standards sowie funktionierende Schnittstellen zwischen Landesbehörden und Kommunen geschaffen werden und die Verfahren nutzerorientiert ausgestaltet sind, ohne zusätzliche Dokumentations- oder Nachweispflichten zu erzeugen?

→ **JA**

Digitale Verwaltung dient nicht der Technik um ihrer selbst willen, sondern besserem Service, schnelleren Verfahren und mehr Transparenz. Digitale Systeme und Services sollen vom Land nach dem Once-Only-Principle idealerweise zentral entwickelt und bereitgestellt werden, um Kommunen bei der Umsetzung zu entlasten. Digital etablierte Lösungen sind aus anderen Bundesländern zu übernehmen. Alle Lösungen sollen von Land und Kommunen gleichermaßen genutzt werden können.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Bearbeitungszeiten bei Genehmigungen, Zulassungen und Förderverfahren deutlich verkürzt und verbindlich ausgestaltet werden?

→ **JA**

Bei Großansiedelungen wie der UPM-Bioraffinerie in Leuna hat unser Land bereits gezeigt, dass wir Genehmigungs- und Förderverfahren schnell und bürokratiearm durchführen können. Dies muss uns in Zukunft auch bei KMU sowie freien Berufen gelingen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, Zuständigkeiten, Aufgabenverteilungen und Verfahrensabläufe innerhalb der Landesverwaltung regelmäßig zu überprüfen und zu optimieren, um Doppelstrukturen abzubauen und Verwaltungsprozesse effizienter zu gestalten?

➔ **JA**

Mit der Gründung des Landesamts für Soziales und der Übertragung von Aufgaben an dieses aus dem Landesverwaltungsamt haben wir bereits in der laufenden Legislatur einen großen Schritt zur Optimierung und Neustrukturierung unserer Landesverwaltung unternommen. Für uns gilt auch darüber hinaus: Aufgaben müssen dort angesiedelt werden, wo sie fachlich und organisatorisch am besten erledigt werden können. Bündelungsbehörden werden wir weiterentwickeln und stabilisieren. Ihre Effizienz wird regelmäßig überprüft, ohne sie durch permanente Strukturdebatten zu schwächen. Verwaltungsreform bedeutet für uns nicht ständige Umorganisation, sondern verlässliche Strukturen mit klaren Zuständigkeiten.

2. Fachkräfte- und Nachwuchssicherung

Die freien Berufe in Sachsen-Anhalt stehen vor erheblichen Herausforderungen bei der Sicherung von Fachkräften und beruflichem Nachwuchs. Demografischer Wandel, zunehmende Altersabgänge, der hohe Anteil ländlicher Regionen sowie strukturelle Besonderheiten freiberuflicher Selbstständigkeit erfordern gezielte landespolitische Maßnahmen.

Im Fokus stehen dabei attraktive Ausbildungs- und Studienbedingungen, praxisnahe Qualifizierungsangebote, eine beschleunigte Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse sowie wirksame Maßnahmen zur Bindung und Gewinnung von Fachkräften im Land.

Werden Sie sich dafür einsetzen, attraktive Rahmenbedingungen für Ausbildung und Studium in den freien Berufen zu stärken, insbesondere durch den Ausbau praxisnaher Ausbildungsformate und dualer Studiengänge sowie durch Programme zur Nachwuchsgewinnung, Fachkräftebindung und Förderung von Praxis- und Büroübernahmen – insbesondere im ländlichen Raum?

➔ **JA**

Die staatliche Aufgabe zu einer erfolgreichen Berufsorientierung konzentriert sich für uns besonders auf den schulischen Bereich. Hier wollen wir das bewährte BRAFO-Programm weiterfinanzieren und auf alle Schulformen ausweiten. Ein solidarisches Finanzierungssystem der Ausbildung durch Unternehmen über einen Ausbildungsfond stärkt ausbildende KMU. Qualifizierte Fachkräfte, deren bisherige Tätigkeiten durch Strukturwandelprozesse gefährdet sind, wollen wir durch Investitionen in Umschulungen und Weiterbildungsmaßnahmen unterstützen und im Land halten. Wir unterstützen die Kammern bei den bestehenden Initiativen zur Unternehmensnachfolge.

Werden Sie sich dafür einsetzen, Anerkennungs- und Qualifizierungsverfahren für ausländische Fachkräfte zu beschleunigen und praxisnäher auszugestalten sowie den Zugang zu berufsbezogenen Sprachkursen (mindestens bis Niveau B2) zu verbessern, um die Integration in qualifizierte Beschäftigung gezielt zu fördern?

➔ **JA**

Ausländischen Fachkräften wollen wir den Zugang auf unseren Arbeitsmarkt erleichtern, unter anderem durch einfachere Anerkennung von Abschlüssen, frühzeitig verfügbare Sprachlernangebote mit zusätzlichen landeseigenen Programmen und bürokratiearmen Abläufen von Anwerbung bis Arbeitsaufnahme. Arbeitsverbote für Asylbewerber lehnen wir ab.

Werden Sie sich dafür einsetzen, Sachsen-Anhalt als Standort für Fachkräfte national und international attraktiver zu machen, insbesondere durch familienfreundliche Lebensbedingungen, gute Wohnraumsituation, hohe Umwelt- und Lebensqualität, wirksame Integrationsangebote sowie eine leistungsfähige Infrastruktur?

→ **JA**

Sachsen-Anhalt kann und darf sich nicht von der Welt und neuen Ideen abschotten. Wir möchten ein Land, in dem sich jeder - egal ob hier geboren oder hergezogen – sicher fühlen und frei entfalten kann. Kostengünstige Kindergärten, Jugendangebote, eine funktionsfähige Krankenhaus- und Pflegelandschaft oder Integrationsangebote für Ausländer sind kein Luxus, den man in schlechten Zeiten getrost wegsparen kann. Von ihnen ist abhängig, ob sich Menschen in der Region niederlassen wollen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, flexible Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand (z.B. im Sinne einer Aktivrente auch für Selbstständige) zu unterstützen, um vorhandene berufliche Erfahrung länger im Arbeitsmarkt zu halten?

→ **JA**

Wer freiwillig länger arbeiten möchte, soll daran nicht gehindert werden. Die Ausgestaltung der Aktivrente bei Selbstständigen ist aber um einiges komplizierter als bei sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, so bei der Unterscheidung von Solo-Selbstständigen und Selbstständigen mit zusätzlichen Mitarbeitern. Eine Evaluation der Aktivrente ist in zwei Jahren angedacht, dann wird auch der Einbezug von Selbstständigen geprüft.

3. Berufsfreiheit, Selbstverwaltung und Kammerwesen

Die freien Berufe übernehmen durch ihre berufliche Selbstverwaltung eine besondere Verantwortung für Qualitätssicherung, Gemeinwohlorientierung und berufsethische Standards. Dieses System basiert auf dem Prinzip der Subsidiarität sowie der Maxime „Freiheit in Verantwortung“: Freiberufliche Tätigkeiten erfordern hohe Qualifikation und sind geprägt durch eigenverantwortliches, unabhängiges und vertrauliches Handeln.

Die bewährte Selbstverwaltung – insbesondere in Form von Kammern und berufsrechtlichen Regelwerken – gewährleistet eine gleichbleibend hohe Qualität, Zuverlässigkeit und gesellschaftliche Anerkennung, auch bei der Übernahme teilweise hoheitlicher Aufgaben. Zur Selbstverwaltung der freien Berufe gehören auch die berufsständischen Versorgungswerke, die als eigenständige Alterssicherungssysteme eine wichtige Rolle für die langfristige Stabilität und Unabhängigkeit freiberuflicher Tätigkeit spielen.

Vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen stellt sich zudem zunehmend die Frage, inwieweit berufliche Vorbehalte und qualifikationsgebundene Tätigkeiten durch eine Ausweitung von Delegations- und Substitutionsmöglichkeiten aufgeweicht werden. Eine solche Entwicklung kann langfristig Auswirkungen auf die Qualität, die persönliche Verantwortung und die Unabhängigkeit freiberuflicher Leistungen haben.

Eine frühzeitige und systematische Einbindung der freien Berufe in politische Entscheidungsprozesse – etwa im Rahmen von Verbändeanhörungen – kann zusätzlich dazu beitragen, die Praxistauglichkeit staatlicher Regelungen zu erhöhen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, die berufliche Selbstverwaltung der freien Berufe in Sachsen-Anhalt im Sinne des Subsidiaritätsprinzips und der Maxime „Freiheit in Verantwortung“ zu stärken, ihre Strukturen zu schützen, sie frühzeitig in politische Entscheidungsprozesse einzubeziehen und ihnen mehr Ergebnisverantwortung bei gleichzeitig geringerer staatlicher Detailsteuerung einzuräumen?

→ **JA**

Wir stehen für ein kooperatives Regieren. Es darf nicht über einzelne Berufsgruppen hinweg entschieden werden; ihre Wünsche und Vorbehalte sind ernst zu nehmen und so weit wie möglich in die politischen Entscheidungsprozesse zu integrieren.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass bei landesrechtlichen Regelungen die Unabhängigkeit freiberuflicher Entscheidungen gewahrt bleibt und staatliche Eingriffe – insbesondere in Berufsausübung und Vergütungsstrukturen – auf das notwendige Maß beschränkt werden?

→ **JA**

Das System der freien Berufe ist in der Bundesrepublik bewährt. Soweit bestimmte Probleme, beispielsweise bei der medizinischen Versorgung der Bevölkerung, politische Entscheidungen bedürfen, suchen wir gemeinsam mit den Verbänden nach Lösungen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass berufliche Vorbehalte und qualifikationsgebundene Tätigkeiten in den freien Berufen gewahrt bleiben und eine Ausweitung von Delegations- oder Substitutionsmöglichkeiten nicht zu einer Aushöhlung fachlicher Verantwortung, Qualitätsstandards und beruflicher Unabhängigkeit führt?

→ **JA**

Die hohen Qualitätsstandards in den freien Berufen dienen nicht zuletzt der Bevölkerung. Soweit Aufgaben substituiert oder delegiert werden, stellen wir im Sinne des Verbraucherschutzes klar, dass die ausübenden Personen höchstens eine Basisversorgungsfunktion übernehmen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, die berufsständischen Versorgungswerke als eigenständige und bewährte Alterssicherungssysteme der freien Berufe zu erhalten und vor strukturellen Eingriffen zu schützen?

→ **JA**

Die berufsständischen Versorgungswerke entlasten als eigenständige Sicherungssystem die gesetzliche Rentenversicherung im erheblichen Maße. Ein Eingriff ist von uns nicht geplant.

4. Planbare und verlässliche Regulierung

Freiberufliche Selbstständigkeit erfordert verlässliche und planbare regulatorische Rahmenbedingungen. Häufige Änderungen von Detailvorgaben und kurzfristige Anpassungen können Planungssicherheit und Investitionsbereitschaft erheblich beeinträchtigen.

Eine strategisch ausgerichtete, langfristig verlässliche Wirtschaftspolitik ist daher entscheidend, um Investitionen zu ermöglichen, unternehmerische Initiative zu stärken und nachhaltige Bleibeperspektiven zu schaffen. Klare Prioritäten bei öffentlichen Mitteln, zielgerichtete Förderstrukturen sowie investitionsfreundliche Rahmenbedingungen spielen dabei eine zentrale Rolle.

Übergangsfristen, Pilotierungen und systematische Evaluationen tragen dazu bei, neue Regelungen praxistauglich umzusetzen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass neue landesrechtliche Regelungen mit Auswirkungen auf freiberuflich Tätige strategisch, planbar und mit ausreichenden Übergangsfristen, Pilotierungen und Evaluationen eingeführt werden, um verlässliche Rahmenbedingungen und Investitionssicherheit zu gewährleisten?

→ **JA**

Alle Gesetze und Verordnungen müssen für die Betroffenen sicher anwendbar und einhaltbar sein. Bereits im Gesetzgebungsprozess wollen wir daher weiterhin die Beteiligung betroffener Gruppen sicherstellen. Getroffene Entscheidungen – beispielsweise in der Energiepolitik – sollen nicht aus kurzfristiger politischer Opportunität wieder rückabgewickelt werden.

5. Faire wirtschaftliche Rahmenbedingungen für freie Berufe

Verlässliche und wirtschaftlich tragfähige Rahmenbedingungen sind entscheidend für die nachhaltige Tätigkeit freier Berufe. Transparente Förderstrukturen, planbare Kostenentwicklungen sowie faire Vergabeverfahren tragen wesentlich dazu bei, Investitionen zu ermöglichen und qualitativ hochwertige Dienstleistungen langfristig sicherzustellen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, Förderprogramme des Landes für freiberuflich Tätige transparent, planbar und besser zugänglich zu gestalten, insbesondere für kleine und mittlere freiberufliche Unternehmen?

→ **JA**

Wir wollen die Zugänglichkeit von Förderprogrammen durch geringere Antragsanforderungen und digitale Nachweisverfahren gerade für KMU und Solo-Selbstständige deutlich erhöhen. Speziell für den Kultur- und Kreativbereich soll darüber hinaus verstärkt auf mehrjährige Förderungen, Budgets und vereinfachte Verfahren gesetzt werden.

Werden Sie sich dafür einsetzen, freiberuflich Tätige bei steigenden Energie- und Betriebskosten gezielt zu entlasten, insbesondere in Bereichen mit hoher gesellschaftlicher Versorgungsrelevanz?

→ **JA**

Erneuerbare Energien sind die günstigste Form der Energieerzeugung. Sachsen-Anhalt hat hier bereits einen enormen Standortvorteil. Wir stehen daher für eine konsequente Energiewende bei bezahlbaren Energiepreisen für Unternehmen und private Haushalte. Die niedrigen Kosten wollen wir auch beim Verbraucher ankommen lassen, zum Beispiel durch die Förderung lokaler Direktabnahmeverträge. Weiterhin setzen wir uns für eine weitgehende Deckelung der Netzentgelte, eine konsequente Digitalisierung der Netze sowie für eine Reduzierung der Stromsteuer ein, um die Kosten weiter zu reduzieren.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Vergabeverfahren öffentlicher Auftraggeber stärker an Qualität, Qualifikation und fachlicher Leistung ausgerichtet werden und nicht vorrangig am niedrigsten Preis?

→ **JA**

Durch die bereits in der laufenden Legislatur erfolgten Änderungen im Tariftreue- und Vergabegesetz Sachsen-Anhalt haben wir die Wirtschaftlichkeit von Angeboten im Sinne von Preis-Leistungs-Verhältnissen zum Maßstab der Entscheidungsfindung öffentlicher Vergabestellen gemacht. Zudem erlauben die Anpassungen der Ober- und Unterschwellenwerte wesentlich einfachere Vergaben in vielen Bereichen. Der niedrigste Preis ist damit für uns als Landesgesetzgeber nicht mehr das alleine den Zuschlag gebende Argument. An diesen bürokratiearmen und wirtschaftsfreundlichen Regelungen wollen wir festhalten. Eine Abschaffung des Gesetzes lehnen wir ab, da dieses gerade die fair und sauber arbeitenden Unternehmen schützt.

6. Stärkung der Standortfaktoren für freie Berufe

Die Attraktivität freiberuflicher Selbstständigkeit hängt maßgeblich von funktionierenden Standortfaktoren ab. Leistungsfähige digitale Infrastruktur, gute Mobilitätsangebote sowie verlässliche Betreuungsangebote für Kinder sind entscheidende Voraussetzungen dafür, dass freie Berufe auch außerhalb der großen Zentren bestehen und sich neu ansiedeln können. Verlässliche Investitionen in Infrastruktur, gute Erreichbarkeit sowie moderne Arbeits- und Innovationsumfelder sind zentrale Faktoren für die Zukunftsfähigkeit freiberuflicher Tätigkeit.

Werden Sie sich dafür einsetzen, zentrale Standortfaktoren wie digitale Infrastruktur (insbesondere Breitbandausbau im ländlichen Raum), Mobilität und Kinderbetreuung gezielt

zu stärken sowie moderne Arbeits- und Innovationsräume für freiberuflich Tätige zu fördern, um die Ansiedlung und Tätigkeit freier Berufe in Sachsen-Anhalt nachhaltig zu sichern?

→ **JA**

Berufstätige Eltern brauchen ein zukunftsfestes Kita-Netz und verlässliche Ganztagsbetreuung. Mit Kita STABIL werden schon jetzt zusätzliche Personalmittel bereitgestellt, um Fachkräfte zu entlasten und das Kita-Netz insbesondere im ländlichen Raum zu sichern. Wir werden dieses Programm auch über 2028 hinaus fortsetzen. Darüber hinaus unterstützen wir den Ausbau mit flexiblen Öffnungszeiten auch in Randzeiten. Familien mit mehreren Kindern werden wir bei der Kita-Betreuung weiter finanziell entlasten.

Wo Grundschulen sich zu Ganztagschulen weiterentwickeln wollen, unterstützen wir das. Der Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung, auf den berufstätige Eltern angewiesen sind, darf dabei nicht eingeschränkt werden. Die Kooperation von Grundschulen und Horten wird weiter gestärkt.

Mit kluger Anpassung an die demografische Entwicklung ist eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur in Sachsen-Anhalt auch zukünftig machbar. Grundlage hierfür ist die Landesverkehrsprognose. Für die SPD gilt: Erhalt vor Neubau, Investitionen in Straße, Bus, Bahn und Rad, barrierefreie Mobilität und eine Finanzierung, die über Jahre verlässlich geplant ist. Zugleich werden notwendige Neubauprojekte umgesetzt. Dazu gehören unter anderem neue Elbbrücken bei Havelberg, Barby und Aken, zentrale Bundesstraßenprojekte wie die A 14, A 143 und A 38, die Ostumfahrung Magdeburg sowie weitere Ortsumfahrungen und die Beseitigung von Unfallschwerpunkten.

Wir werden uns sowohl in der Landesregierung als auch im Landtag für eine ausreichende Finanzierung der IT-Infrastruktur stark machen.

7. Stärkung des Bildungsniveaus und Sichtbarkeit freier Berufe in Schule und Hochschule

Freie Berufe sind ein zentraler Bestandteil der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Struktur in Sachsen-Anhalt. In der schulischen Berufsorientierung sind sie jedoch bislang nur unzureichend präsent. Viele Schülerinnen und Schüler kennen dieses Berufsbild kaum oder nehmen freiberufliche Selbstständigkeit nicht als realistische berufliche Perspektive wahr.

Gleichzeitig ist ein hohes Bildungsniveau eine wesentliche Grundlage für Fachkräfteentwicklung und berufliche Orientierung. Eine gezielte Stärkung der schulischen Bildung – insbesondere durch bessere personelle und sachliche Ausstattung, verlässliche Unterrichtsversorgung sowie die Förderung von Leistungsbereitschaft, Kreativität und wirtschaftlichen Kompetenzen – kann dazu beitragen, berufliche Perspektiven breiter sichtbar zu machen und auch die freien Berufe stärker in den Fokus zu rücken.

Werden Sie sich dafür einsetzen, freie Berufe verbindlich und sichtbar in der schulischen Berufsorientierung zu verankern, insbesondere durch die Aufnahme in Lehrpläne, praxisnahe Formate (z.B. Kooperationen mit Praxen und Büros) und eine stärkere Berücksichtigung selbstständiger Berufsperspektiven?

→ **JA**

Mit der von uns geplanten Ausweitung und Sicherung des Berufsorientierungsprogramms BRAFO ermöglichen wir eine Berufsfindung für junge Menschen, die ihren individuellen Talenten und Interessen entspricht. Die Möglichkeiten der freien Berufe sind hierbei selbstverständlich enthalten.

Werden Sie sich dafür einsetzen, die schulischen Rahmenbedingungen insgesamt zu stärken, insbesondere durch bessere Ausstattung, ausreichendes Lehrpersonal, verlässliche Unterrichtsversorgung sowie Maßnahmen zur Sicherstellung von Schulabschlüssen?

→ **JA**

Eine verlässliche Unterrichtsversorgung und ausreichend Lehrpersonal sind Voraussetzung für Lernerfolg und Chancengerechtigkeit. Unterrichtsausfall darf nicht zur Normalität werden. Schulen brauchen Planungssicherheit, ausreichende Personalausstattung und pädagogische Spielräume. Unsere Grundschulen brauchen, je nach Situation, mehr Angebote zum Erlernen der Erst- und Zweitsprache. Zur Entlastung des Lehrpersonals wollen wir Seiteneinsteiger fördern sowie Schulsozialarbeiter, Schulpsychologen, förderpädagogische Fachkräfte und Fachkräfte für Verwaltung und digitale Ausstattung dauerhaft finanzieren. Schulen mit besonderen sozialen Herausforderungen erhalten gezielte sachliche und personelle Unterstützung. Unser Ideal eines leistungsfähigen Bildungssystems erkennt Unterschiede an, gleicht sie aus und eröffnet zweite und dritte Chancen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass an den Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt freiberufliche Selbstständigkeit stärker als eigenständige berufliche Perspektive vermittelt wird, insbesondere durch praxisnahe Angebote zur selbstständigen Berufsausübung?

→ **JA**

Grundsätzlich können wir als Land aufgrund der Hochschulautonomie nicht vorgeben, welche Lerninhalte die Hochschulen wie vermitteln. Soweit wir zur engeren Verzahnung von Wirtschaft und Wissenschaft einzelne Projekte unterstützen können, werden wir dies tun. Eine anwendungs- und transferorientierte Forschung steht für uns im Mittelpunkt.

8. Datenschutz und IT-Sicherheit

Datenschutz und IT-Sicherheit sind zentrale Voraussetzungen für das Vertrauen in digitale Prozesse und Dienstleistungen. Für freiberuflich Tätige ist entscheidend, dass entsprechende Anforderungen risikobasiert, rechtssicher und praktikabel ausgestaltet werden und Verantwortlichkeiten klar geregelt sind.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Anforderungen an Datenschutz und IT-Sicherheit für freiberuflich Tätige risikobasiert, rechtssicher und praxistauglich ausgestaltet werden und klare Zuständigkeiten zwischen Staat, Institutionen und Anwendern bestehen?

→ **JA**

Anhang – Spezifische Anliegen der Anwaltschaft

1. Effizienz der Justizverfahren

Die Dauer gerichtlicher Verfahren ist ein zentraler Faktor für die Funktionsfähigkeit des Rechtsstaats und die praktische Durchsetzbarkeit von Rechten. Zugleich müssen rechtsstaatliche Verfahrensgarantien gewahrt bleiben.

Werden Sie sich dafür einsetzen, die Dauer von Zivil-, Straf- und Verwaltungsverfahren in Sachsen-Anhalt nachhaltig zu verkürzen, ohne rechtsstaatliche Verfahrensgarantien einzuschränken?

→ JA

Insbesondere durch die schwierige Personalsituation sowohl bei den Richtern und Staatsanwälten als auch der Justizverwaltung in Sachsen-Anhalt ist die Arbeitsbelastung und damit einhergehend die Dauer von Verfahren erheblich gestiegen. Daher muss aus unserer Sicht der Einstellungsstopp für die Justiz im Landeshaushalt wieder aufgehoben werden. Durch eine Ausbildungsreform bei den Justizwachtmeistern und Gerichtsvollziehern sowie eine konkurrenzfähige Besoldung der Rechtspfleger sollen diese für die Funktionsfähigkeit der Justiz so wichtigen Berufsgruppen gestärkt werden, um so Richter und Staatsanwälte weiter zu entlasten und Verfahrensdauern zu verkürzen.

2. Angemessene Vergütung anwaltlicher Leistungen

Eine angemessene und verlässliche Vergütung anwaltlicher Leistungen ist Voraussetzung für eine flächendeckende rechtliche Versorgung sowie für den Zugang zum Recht. Dies gilt insbesondere für gesetzlich geregelte Vergütungssysteme und staatlich finanzierte Mandate.

Werden Sie sich dafür einsetzen, die gesetzliche Anwaltsvergütung regelmäßig und angemessen weiterzuentwickeln sowie die Vergütung in Beratungshilfe- und Prozesskostenhilfemandaten auskömmlich auszugestalten und die entsprechenden Bewilligungs- und Abrechnungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen?

→ JA

Nach Ansicht der Bundesrechtsanwaltskammer ist die Vergütung der Rechtsanwälte in der Regel angemessen und leistungsgerecht. Soweit aus Sicht der Anwaltschaft an bestimmten Stellen wie der Beratungshilfe und der Prozesskostenhilfe Veränderungsbedarf besteht, nehmen wir Ihre Hinweise gerne entgegen. Die Vereinfachung der Bewilligungs- und Abrechnungsverfahren lässt sich für uns am ehesten im Umfeld der umfassenden Digitalisierung der Justiz erreichen. Digitale Verfahren können hier arbeitsaufwändige Mehrfachabfragen vermeiden und Prozesse verschlanken.

3. Abgrenzung anwaltlicher und nichtanwaltlicher Rechtsdienstleistungen

Die Qualität rechtlicher Beratung, klare Haftungsstrukturen und ein wirksamer Verbraucherschutz erfordern verlässliche Rahmenbedingungen für die Erbringung von Rechtsdienstleistungen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, die berufsrechtlichen Standards, Haftungsregeln und den Verbraucherschutz im Bereich von Rechtsdienstleistungen zu sichern und eine Ausweitung nichtanwaltlicher Rechtsdienstleistungen so zu gestalten, dass diese Standards nicht unterlaufen werden?

→ JA

Die hohen Standards, die der Gesetzgeber wie auch die höchstrichterliche Rechtsprechung an die Erbringung von Rechtsdienstleistungen legen, schützen die Bürgerinnen und Bürger

vor fehlerhaften rechtlichen Einschätzungen zu ihrem Nachteil. Diese Standards wollen wir selbstverständlich auch bei einer Ausweitung nichtanwaltlicher Rechtsdienstleistungen erhalten.

4. Gerichtsstandorte und Zugang zur Justiz

Eine wohnortnahe Justizinfrastruktur ist ein wichtiger Bestandteil gleichwertiger Lebensverhältnisse, insbesondere im ländlichen Raum.

Werden Sie sich dafür einsetzen, Gerichtsstandorte in Sachsen-Anhalt – insbesondere im ländlichen Raum – zu erhalten und zu stärken, um einen verlässlichen Zugang zur Justiz sicherzustellen?

➔ JA

Der Zugang zur Justiz muss für uns auch im analogen Bereich flächendeckend erhalten bleiben. Wir halten daher an den bestehenden Gerichtsstandorten fest. Eine Zusammenlegung von Standorten würde zudem aus unserer Sicht die Arbeitsbelastung in der Justiz nicht senken.

Anhang – Spezifische Anliegen der Tierärzteschaft

1. Tierärztliche Versorgung im ländlichen Raum

Sachsen-Anhalt ist ein Flächenland mit ausgeprägten ländlichen Strukturen. Gleichzeitig verschärft sich der Mangel an praktizierenden Tierärztinnen und Tierärzten, insbesondere im Bereich der Nutztierpraxis. Altersbedingte Praxisaufgaben, hohe Arbeitsbelastung, zunehmende Bürokratie sowie wirtschaftliche Unsicherheiten führen dazu, dass immer weniger tierärztliche Leistungen vor Ort verfügbar sind.

Eine stabile tierärztliche Infrastruktur ist jedoch essenziell für Tiergesundheit, Tierschutz, Lebensmittelsicherheit und den One-Health-Ansatz. Versorgungslücken stellen nicht nur ein Risiko für landwirtschaftliche Betriebe dar, sondern auch für Tierseuchenprävention und Verbraucherschutz insgesamt.

Werden Sie sich dafür einsetzen, die tierärztliche Versorgung – insbesondere im Nutztierbereich und im ländlichen Raum – durch gezielte Förderprogramme, Niederlassungsanreize, Maßnahmen zur Entlastung von Bürokratie sowie verbesserte Rahmenbedingungen nachhaltig zu sichern?

→ **JA**

Begründung s.u.

2. Stärkung des öffentlichen Veterinär- und Verbraucherschutzsystems

Die Tierärzteschaft leistet einen zentralen Beitrag zum Gesundheits- und Verbraucherschutz. Im Sinne des One-Health-Ansatzes ist die Tiergesundheit eng mit der menschlichen Gesundheit verbunden – etwa zwei Drittel aller menschlichen Infektionskrankheiten stammen vom Tier (Zoonosen). Zudem dient das Konzept der europäischen Verbraucherschutzpolitik „from stable to table“ dem Ziel gesunder Lebensmittel.

Gleichzeitig zeigen sich in Sachsen-Anhalt zunehmende strukturelle Defizite in der amtlichen Veterinär- und Lebensmittelüberwachung. Personelle Engpässe, Einstellungsstopps sowie fehlende Ausbildungskapazitäten (z.B. für Tiergesundheitskontrolleure) führen zu Verzögerungen und gefährden die Funktionsfähigkeit der zuständigen Behörden.

Werden Sie sich dafür einsetzen, die personelle und strukturelle Ausstattung der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung in Sachsen-Anhalt nachhaltig zu stärken, insbesondere durch den Abbau von Einstellungshemmnissen, den Ausbau von Ausbildungskapazitäten sowie eine langfristig gesicherte Personalausstattung?

→ **JA**

Begründung s.u.

3. Tierschutz bei Tiertransporten

Langstreckentransporte von Nutz- und Zuchtieren – insbesondere in Drittstaaten – stehen seit Jahren in der Kritik. Die Einhaltung von Tierschutzstandards entlang der gesamten Transportkette ist häufig nur eingeschränkt überprüfbar. Amtstierärztinnen und Amtstierärzte sehen sich dabei regelmäßig mit rechtlichen und praktischen Unsicherheiten konfrontiert. Vor diesem Hintergrund besteht ein Spannungsfeld zwischen rechtlichen Vorgaben, wirtschaftlichen Interessen und dem Anspruch eines wirksamen Tierschutzes.

Werden Sie sich dafür einsetzen, den Tierschutz bei Tiertransporten wirksam zu stärken und insbesondere Regelungen für Langstreckentransporte so weiterzuentwickeln, dass Tierschutzstandards überprüfbar eingehalten werden und tierschutzwidrige Transporte wirksam verhindert werden?

→ **JA**
Begründung s.u.

4. Katzenschutzverordnung in Sachsen-Anhalt

In vielen Regionen Sachsen-Anhalts ist eine starke Vermehrung freilebender und verwilderter Katzen zu beobachten. Unkontrollierte Fortpflanzung führt zu erheblichem Tierleid, hoher Krankheitsbelastung sowie zu steigenden Anforderungen an Tierheime und kommunale Strukturen.

§ 13b Tierschutzgesetz (TierSchG) ermöglicht ausdrücklich die Landesregierungen, durch eine landesweite Verordnung geeignete Maßnahmen zur Regulierung dieser Population zu ergreifen. Derzeit erfolgt dies in Sachsen-Anhalt überwiegend auf kommunaler Ebene, was zu uneinheitlichen Regelungen und zusätzlichem Verwaltungsaufwand führt.

Werden Sie sich dafür einsetzen, eine landesweit einheitliche Katzenschutzverordnung in Sachsen-Anhalt einzuführen, um die Population freilebender Katzen nachhaltig zu regulieren und Tierleid nachhaltig zu reduzieren?

→ **JA**
Begründung s.u.

5. Weiterentwicklung des Hundegesetzes und verantwortungsvolle Hundehaltung

Die sichere Haltung und Führung von Hunden ist ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Zusammenlebens. Wiederkehrende Beißvorfälle zeigen, dass neben rechtlichen Regelungen auch Kenntnisse und Verantwortungsbewusstsein der Hundehalterinnen und Hundehalter eine zentrale Rolle spielen. Vor diesem Hintergrund wird die Einführung eines verpflichtenden Sachkundenachweises („Hundeführerschein“) zunehmend als Instrument diskutiert, um Risiken zu reduzieren und eine verantwortungsvolle Hundehaltung zu fördern.

Gleichzeitig führt die derzeitige Ausgestaltung des Hundegesetzes Sachsen-Anhalt in Teilen zu zusätzlichem Verwaltungsaufwand und wirft fachliche Fragen auf, insbesondere im Hinblick auf pauschale Rasselisten und Meldepflichten.

Zunehmend wird daher eine stärker wissenschaftlich fundierte, differenzierte und zugleich praxistaugliche Ausgestaltung der Regelungen diskutiert.

Werden Sie sich dafür einsetzen, das Hundegesetz Sachsen-Anhalt weiterzuentwickeln, insbesondere im Hinblick auf Bürokratieabbau (z.B. Meldepflicht durch den Tierarzt), eine wissenschaftlich fundierte Gefährlichkeitsbewertung sowie Maßnahmen zur Förderung verantwortungsvoller Hundehaltung (z.B. Sachkundenachweise)?

→ **JA**
Begründung s.u.

Begründung zum Anhang:

Der Schutz von Tieren ist für die SPD ein zentrales Anliegen und ein fester Bestandteil einer verantwortungsvollen Ernährungs-, Landwirtschafts-, Verbraucherinnen- und Umweltpolitik. Natur-, Arten- und Tierschutz gehören für uns untrennbar zusammen. Deshalb setzen wir uns für konkrete Verbesserungen beim Tierschutz in Sachsen-Anhalt ein:

Dazu zählt die verpflichtende Kastration von Freigängerkatzen, um unkontrollierte Vermehrung und damit verbundenes Tierleid zu verhindern.

Außerdem wollen wir die Tierheime auskömmlich und verlässlich finanzieren, damit sie ihre wichtige Arbeit dauerhaft leisten können.

Darüber hinaus streben wir ein landesweites Verbot der Haltung und Nutzung von Wildtieren in Zirkussen und durch Privatpersonen an, um Tierleid konsequent zu vermeiden und artgerechte Alternativen zu fördern.

Tiergesundheit ist für uns die Grundlage von Tierwohl. Deshalb soll eine landesweite Tiergesundheitsstrategie erarbeitet und praxisnah umgesetzt werden.

Angesichts des Klimawandels und der Ausbreitung von Zoonosen gewinnt ein ganzheitlicher Ansatz immer stärker an Bedeutung; deshalb wollen wir den One-Health-Ansatz, der Mensch, Tier und Umwelt zusammen denkt, zum Leitbild unserer Politik machen.

Das Tierseuchenmanagement erfolgt dabei abgestimmt mit Bund und Ländern. Tierheime, Zoos und Tierparks leisten zudem wichtige Arbeit im Tier- und Artenschutz sowie in der Umwelt- und Bildungsarbeit und werden deshalb dauerhaft, bedarfsgerecht und verlässlich unterstützt.

Maßnahmen zur Entlastung von Bürokratie gehören in allen Feldern dazu.